Josef Taus

„Für die Österreichische Volkspartei war die Gründung der EVP eine furchtbare Niederlage.“

Josef Taus (geb. 8. Februar 1933), Mag. jur. Dr. jur. Politiker und Unternehmer.
Staatliche Funktionen: Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und Verstaatlichte Unternehmungen 1966/67, von 1975 bis 1991 Abgeordneter zum Nationalrat;
Politische Funktionen: stellvertretender Obmann des ÖAAB 1971-1974, Bereichssprecher der ÖFP für Verstaatlichte Industrie 1970-1975 und 1983-1991, Finanzreferent der ÖVP 1989-1991, Bundesparteiobmann der ÖVP 1975-1979 und Vorsitzender der Europäischen Demokratischen Union (EDU) 1978/79.
Berufliche Karrierestationen: 1959-1963 Konsulent im Bundesministerium für Finanzen, 1968-1975 Vorstandsvorsitzender der Girozentrale, 1967-1975 Aufsichtsratsvorsitzender der ÖIAG, seit 1989 Vorstand der Management Trust Holding AG.

Das Gespräch wurde am 21. Juni 2011 im Büro der MTH, Wien 4, von Johannes Schönner geführt.

Johannes Schönner: Danke, dass Sie sich heute Zeit für unser Gespräch nehmen. Wir durften ja bereits im Vorfeld unseres Treffens über die Eckdaten des Projekts „Transnationale Parteienkooperation von 1965 bis 1979“ sprechen. Sixtus Lanner war 2010, Herbert Kohlmaier, Fritz König und Ludwig Steiner waren 2011 bei uns am Karl von Vogelsang-Institut, um über unser Europa-Projekt zu sprechen und sich an die Zusammenarbeit christdemokratischer und konservativer Parteien in den 1960er und 1970er Jahren zu erinnern. Ich habe in Vorbereitung auf unser heutiges Gespräch das Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts nach Reden, politischen Konzepten und Briefen von Ihnen durchsucht, die außenpolitisch von Relevanz sind.

Ich habe darin einen Vortrag von Ihnen gefunden ‚Rede Dr. Josef Taus: Die Außenpolitischen Vorstellungen der ÖVP‘ vor der österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen“, gehalten am 24. Jänner 1977. Darin skizzieren Sie einen klaren, europaorientierten Kurs unter besonderer Betonung der wirtschaftlichen Ausrichtung.

Josef Taus: Ich habe grundsätzlich in der Politik immer alles selber geschrieben, Reden genauso wie Aufsätze, ich war lange Zeit „Ghostwriter“ für führende politische Funktionäre und Mandatare und ein solcher „Ghostwriter“ kann sich eine Rede nicht schreiben lassen. Ich war der Berater im Finanzministerium, als Josef Klaus Finanzminister war und vorher schon bei Eduard Heilingsetzer. Damals hat mich Bundeskanzler Klaus zu meiner Überraschung übernommen. Ich sage deshalb ‚Überraschung‘, denn ich habe in der Volkspartei zu jener Zeit einer anderen Gruppe angehört; einer Gruppe, die im Augenblick nicht an den Schalthebeln der Macht saß. Auch wenn ich in manchen Dingen eine andere Meinung hatte. Klaus selbst kam aus der Arbeiterkammer. Das hat mir seinerzeit Karl Kummer so erzählt, dass Klaus seine Laufbahn nach dem Studium der Wirtschaftswissenschaft bei der Arbeiterkammer begonnen hat. Er hat im Jahre 1933 oder 1934 bei der Arbeiterkammer begonnen, deren Chef damals Benedikt Kautsky war, der Sohn des berühmten Karl Kautsky.

Was die eigentliche Frage betrifft: Für mich stand immer außer Frage, dass nur eine wirtschaftliche Integration in Europa sinnvoll ist. Jede daran folgende politische, auch außenpolitische Betonung im Rahmen der Integration war für mich nachrangig.

Johannes Schönner: Sie zitieren mehrmals in dieser Rede den damals prominenten und einflussreichen österreichischen Sozialisten Fritz Klenner und sein Buch „Das große Unbehagen“, wo er hinweist, dass es verschiedene Stimmen und Auffassungen in den europäischen Sozialdemokratien gab und gibt. Es ging ja Mitte der 1970er um die Auseinandersetzung mit Bruno Kreisky, und selbst Klenner betonte, so homogen wie oftmals dargestellt wären auch die Sozialdemokraten nicht gewesen.

Josef Taus: Beim SPÖ-Bundesparteitag Ende der 1960er hatten die Sozialisten den netten, aber nicht sehr populären Hans Czettel in eine Spitzenposition gehoben. Bruno Kreisky lauerte auch seine Chance, und er nützte sie eiskalt, Kreisky war stets ein erstklassiger Taktiker. Das war er wohl auch in der Sozialistischen Internationalen. Übrigens: Hans Czettel war ja auch sehr weit oben in der Hierarchie der Hitlerjugend. Beispiele dazu gibt es aus der Regierungszeit von Bruno Kreisky genügend. Soviel zur angeblichen Unverträglichkeit von Sozialdemokratie und deutschnationalen Lager. Diese Blindheit auf dem rechten Auge hatte in der Sozialistischen Internationalen in den Siebzigern aber scheinbar keinen gestört. Ich

denke, dass dies auch für Ihr gegenständliches Forschungsprojekt von Bedeutung ist, denn in der europäischen Christdemokratie wäre eine solche Konstellation zu jeder Zeit unmöglich gewesen.

Johannes Schönner: Wir sind schon mitten drinnen in der österreichischen Zeitgeschichte. Manche in der ÖVP hatten die Außenpolitik nicht nur als politisches Mittel ‚per se‘ gesehen. Diese Gruppe betonte vor allem die politische Eigenständigkeit der Außenpolitik. Sie waren eher ein pragmatischer „Parteiaußenpolitiker“. Dieses Modell einer aktiven, doch zugleich pragmatischen Parteiaußenpolitik hatte schon unter Klaus begonnen. Wie die Entwicklungen rund um die internationalen Treffen in Klessheim später gezeigt haben.

Die österreichische Außenpolitik war natürlich nicht vom Einfluss und von ihren Möglichkeiten vergleichbar mit der Bundesrepublik Deutschland, und Österreich hatte eben nicht derartige ökonomische Ressourcen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU oder die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU hatten im Laufe der Jahre tiefgehende Schwerpunkte gesetzt. Nicht zuletzt dank ihrer finanzieller Ressourcen. Doch um Initiativen zu setzen und ein enges Netzwerk zu flechten sind nicht zwingenderweise große finanzielle Mittel notwendig. Darin lag die österreichische Stärke.

Ich möchte nur ganz kurz auf Ihr Zitat aus der Rede vom Jänner 1977 zurückkommen. Es ging darin um die europäische Integrationspolitik Mitte der 1970er Jahre. Es stand die immer wiederkehrende Frage im Raum: Wie kann man sich weiter an Kerneuropa annähern?

Ich zitiere Josef Taus: *„Wir glauben, dass es notwendig sein wird, jenen Weg fortzusetzen, der es Österreich bei voller Aufrechterhaltung seiner Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit erlaubt, maximal an den europäischen Integrationsbestrebungen teilzunehmen“*. Und Sie ergänzen: *„Der Europarat als Ort der Zusammenarbeit der freien Demokratien Europas ist heute leider in seinen Möglichkeiten nicht voll ausgeschöpft.“*

Josef Taus: Der Europarat ist heute natürlich vorbei - der Europarat hat in der heute bestehenden Form seinen politischen Zenit überschritten. Ob der Europarat überhaupt seine Existenzberechtigung verloren hat, kann ich nach den vielen Jahren abseits der aktiven Politik klarerweise nicht beantworten. Ich war für Integration, weil ich Angst hatte, dass wir wieder irgendwo überbleiben, obwohl ich die Risiken immer gesehen habe. Ich war kein Fanatiker, sagte aber immer, dass uns nichts anderes übrigbleibt. Wir wären nie in die EG, später dann EU, hineingekommen, wenn es die Wende 1989 nicht gegeben hätte, die Sowjetunion hätte nie zugestimmt.

Johannes Schönner: An einer anderen Stelle in dieser Rede führen Sie aus: *„In diesem Zusammenhang darf ich betonen, dass (...) die Österreichische Volkspartei im grenzüberschreitenden Regionalismus, wie er sich in der Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer zeigt, ein völkerverbindendes, die europäische wirkliche Einheit förderndes Mittel ist.“*

Damit drücken Sie die zweite „Schiene“ der österreichischen Außenpolitik aus: Ohne der nachbarschaftlichen Einbettung in regionale Interessensverbände ist die große, übergeordnete „Europa-Linie“ undenkbar.

Sie sind ein Absolvent des Karl Kummer-Instituts, das sich mit sozialpolitischen Fragestellungen auseinandersetzte. Sie waren und sind ÖAAB-Mitglied, obwohl auch gleichzeitig Wirtschaftstreibender und Unternehmer. Sie sind also jemand, der beide Seiten der ‚Sozialpolitik‘ kennt. Einschließlich der damit verbundenen realpolitischen Auswirkungen auf gesellschaftliche Gruppen.

Josef Taus: Ich kenne viel mehr Seiten als diese beiden. Der frühere ÖGB-Präsident und langjährige sozialdemokratische Nationalratspräsident Anton Benya meinte oftmals zu mir: *„Was machen Sie eigentlich bei den Schwarzen, bei uns hätten Sie keine Konkurrenz.“* Ich komme aus einer Bauernfamilie. Mein Vater war ein Bauernbub aus Niederösterreich, hatte selbst neun Geschwister. Dort bin ich auf dem Hof aufgewachsen und hatte sehr nette Eltern, die schwer gearbeitet haben. Mein jüngerer Bruder, Hans Taus, betreibt ein Möbelgeschäft in Wien. Da haben Sie recht: Ich habe den Blick auf die Menschen hoffentlich nie verloren. Mir war immer wichtig zu sehen, welche Ergebnisse bringen politische Entscheidungen für die Menschen. Vielleicht waren mir abstrakte außenpolitische Formulierungen, die gut geklungen haben, aber im Grunde nur Worthülsen waren, oftmals fremd geblieben. Kann sein, dass das auch für manche Entwicklungen im Rahmen der Europäischen Christdemokratie der Fall war.

Johannes Schönner: Welchen Stellenwert nahmen jetzt überhaupt internationale Kooperationen im Rahmen der Gesamtpartei ein? Ich meine damit den Zeitraum 1965 bis 1979, also in der Zeit, in der Sie sowohl Regierungsmitglied unter Bundeskanzler Josef Klaus waren als auch dann später in der Oppositionszeit, als Sie Oppositionsführer gegen einen mit absoluten Mehrheiten ausgestatteten SPÖ-Kanzler Bruno Kreisky waren. Wir reden hier von innen- wie auch außenpolitisch immens brisanten Zeiten. Die Ölkrise war für alle spürbar, der linke Terror in der Bundesrepublik und in Italien zeigte die Verletzbarkeit unserer Demokratien. Der Ost-West-Konflikt hatte einen weiteren Höhepunkt erreicht, der Anti-Amerikanismus war in Westeuropa stark ausgeprägt – in Österreich vielleicht etwas abgeschwächt. Wir hatten

Mitte der 1970er eine Zeitlang eine wirtschaftliche Hochkonjunktur gehabt. Kreisky konnte leichter Geld investieren und damit volksnahe Politik betreiben.

Wie würden Sie die außenpolitischen Modelle der Volkspartei beschreiben? Ich möchte bewusst die Obmänner der ÖVP nennen, die Ihre Vorgänger waren: Josef Klaus, heute bereits erwähnt. Karl Schleizer – der hat dazu wenig Akzente gesetzt, vielleicht auch nicht setzen können. Die Außenpolitik hatte zweifellos für Schleizer keine Priorität. Auch für Klessheim 1978 ist das nicht ganz unwichtig; Klaus und Schleizer waren Ihre direkten Vorgänger, Alois Mock war der spätere Nachfolger von Ihnen. Die Erhaltung des Staatsvertrages und die Neutralität waren der klar definierte Rahmen der Außenpolitik gewesen und geblieben.

Josef Taus: Ich bin ein Wirtschaftspolitiker, und es war für mich daher völlig logisch, dass die Wirtschaft in den 1970er Jahren absehbarerweise in eine Liberalisierungsphase geht. Da war die EG nicht anders ausgerichtet. Wirtschaftspolitisch wurde die EFTA, dieses Hilfskonstruktion der europäischen Freihandelszone, gegründet, damit die Engländer einen Platz bekommen. Dann haben sich bei uns schon sehr früh Bewegungen in der Politik entwickelt, um in die EWG hineinzukommen; doch mit ihrem Hauptanliegen sind sie alle gescheitert. Das war bereits in der Regierung Klaus so und hat uns eine Menge gekostet. Da ist politisch viel schiefgegangen, obwohl es von der grundsätzlichen Linie her richtig war, aber 1966/67 noch viel zu früh erfolgte. Damals war noch keine Möglichkeit dazu. Ich bezweifle aber stark, dass eine stärkere Vernetzung im Rahmen der europäischen Christdemokratie an diesem Scheitern Ende der 1960er und Anfang der 1970er irgendetwas geändert hätte, außer dass wir ein paar nette Parteiführertreffen mehr gehabt hätten. Manches in der Außenpolitik hat uns schlicht und einfach nicht interessiert, weil es uns einfach nicht betroffen hat. Was hätten wir zur Aufrüstung der USA in der Bundesrepublik schon sagen können?

Doch zurück zum Anfang: Ich war 1966/67 junger Staatssekretär, hatte wohl mit der Verstaatlichten eine Schlüsselfunktion gehabt, und die ÖVP hatte damals einen Antrag auf Aufnahme in die EG gestellt. Da gab es im Ministerrat eine Diskussion, deren Wortführer ich war und über die sich Bundeskanzler Josef Klaus sehr geärgert hat. Ich meinte dazu, dass ich selbstverständlich ein Mensch sei, der sehr europäisch denkt, aber dass ich das jetzt nicht machen würde - das ginge nicht gut. Ich hielt es damals für einen Fehler. Manche Sachen müssen reifen. Ich war nie ein Integrationsbefürworter um jeden Preis.

Ich war damals ja schon designiertes Vorstandsmitglied der Girozentrale. Da hat der Präsident und Aufsichtsratsvorsitzende der Giro Dr. Josef Neubauer (SPÖ) noch geschrieben: „Wie

lange bleibt der Taus denn noch in der Regierung, er soll bei uns endlich Generaldirektor werden?“

Ich habe dann in weiterer Folge über meinen Freund Manfred Scheich, der Sekretär vom Carl H. Bobleter war, mehr Kontakt zur österreichischen Diplomatie gesucht. Scheich war zweifellos der talentierteste der damals jungen österreichischen Diplomaten. Carl Bobleter hatte, als er in Paris österreichischer Botschafter bei der OECD war, drei Zugeteilte: Alois Mock, Thomas Klestil und Manfred Scheich, der später 1994 die EU-Verhandlungen geführt hatte. Scheich war politischer Sektionschef und dann viele Jahre lang österreichischer Botschafter in für uns sehr wichtigen Ländern. Jedenfalls meldeten sich damals im Ministerrat einige Ressortchefs dagegen, hatten Bedenken und meinten, dass es schwierig werden würde. Besonders fanatisch war Minister Fritz Bock und Monate nach diesem Beschluss im Ministerrat rief mich der sowjetische Botschafter an, ein Mann aus Leningrad, dem heutigen St. Petersburg, und lud mich in seine Residenz nach Purkersdorf zum Abendessen ein – ein völlig außergewöhnlicher Vorgang bei einem jungen Staatssekretär. Ich war mit meinen 33 Jahren ja noch fast ein ‚Kind‘ und rief sofort Josef Klaus an, der meinte, dass ich natürlich hingehen müsse. Das tat ich dann auch und der Botschafter saß dort mit einem zweiten Mann, der sich mir als stellvertretende Außenminister der Sowjetunion vorstellte.

„Sie werden sich wundern, warum ich Sie hierher bestellt habe“, hatte der Russe begonnen. „Wir wissen, dass Sie ein Naheverhältnis zum Bundeskanzler haben, den Sie schon beraten haben als er noch Finanzminister war - es ist völlig ausgeschlossen, dass die Sowjetunion, den Staatsvertrag kennen Sie doch, dem österreichischen Beitritt in der EWG zustimmt. Sagen Sie das Ihrem Bundeskanzler. Wir wollen ihm keine Schwierigkeiten machen. Sagen Sie ihm auch, dass wir ihn sehr schätzen und ihn zu einem Staatsbesuch in die Sowjetunion einladen werden. Vielleicht können wir auch andere Sachen machen, aber ein EWG-Beitritt ist nicht möglich.“

Am nächsten Tag, um halb sieben Uhr in der Früh erzählte ich diesen Vorfall Bundeskanzler Klaus und dieser wollte es natürlich sofort Minister Fritz Bock berichten, der davon nicht sehr begeistert war und die Diskussion wurde bald abgebrochen. Doch jetzt kam etwas dazu, dass unsere Annäherung an „Europa“ schließlich ins Stocken brachte und auf dem ersten Blick nichts mit den Sowjets zu tun hatte. Vielmehr erklärt das folgende Beispiel die Stumpfheit innerhalb der christdemokratischen Parteien-„Familie“. Und dass die vielgepriesene Solidarität oft ein Lippenbekenntnis blieb.

Nachdem Klaus mit der Staatspolizei aus Prinzip keine tiefgehenden Kontakte haben wollte und auch die Berichte der Staatspolizei selten durchgelesen hat, blieb ihm manches verborgen. Dort wäre nämlich von Entwicklungen in Italien zu lesen gewesen. Nicht nur hinsichtlich der Entwicklung in und um Südtirol. Die italienische Regierung unter der Führung der Democrazia Cristiana hat letztendlich in Brüssel den Antrag gestellt, den Antrag Österreichs abzuweisen und zurückzugeben. Damit war es dann auch aus und das hat uns tausende Stimmen gekostet. Für mich war klar, dass zusätzlich zu Südtirol – das kam ja freilich noch dazu – die Italiener von ausländischen Kräften instrumentalisiert wurden, um unseren Antrag abzulehnen.

Johannes Schönner: Diese Episode beschreibt ein „internationales Spiel“, in dem die Italiener als Handlanger anderer Kräfte aufgetreten wären.

Josef Taus: Ja, Südtirol war immer ein Argument. Das war schon richtig. Doch wer hätte damals etwas gegen die Sowjets und US-Amerikaner gemacht? Ich fragte mich, wie die wissen konnten, dass ich in dieser Frage eine derart kritische Haltung hatte. Zwei Jahre später wusste ich es. Da hat die Staatspolizei schlussendlich einen Beamten des Bundeskanzleramtes entdeckt, der die Protokolle des Ministerrates an ausländische Geheimdienste weitergegeben hat. Solche Fälle hat es im Kalten Krieg zahlreiche gegeben. Die undichte Stelle war also bei uns, nicht beim CIA oder bei den Russen. Neben mir war übrigens auch Lujo Toncic-Sorinj gegen diese offensive Vorgehensweise, weil ihm sein Außenamt gesagt hat – vor allem Rudolf Kirchschräger -, dass wir es zum augenblicklichen Zeitpunkt nicht schaffen werden. Daraufhin gab es regelrechten ‚Krieg‘ mit Minister Bock. So geht Außenpolitik eben manchmal. Viel primitiver als man glaubt.

Johannes Schönner: Außenpolitische Entwicklungen lesen sich mitunter derart, als würden sie logisch und zwangsläufig zu einer bestimmten Entwicklung führen. So als stünde ein übergeordneter „Masterplan“ dahinter. Schritt für Schritt - nicht zuletzt dank parteipolitischer Aufbereitung des Terrains. Zu Ihrer aktiven politischen Zeit organisierte sich die Europäische Christdemokratie in der UECD, der Union Europäischer Christdemokratischer Parteien. Hat Fritz Bock, dem diese parteipolitischen Netzwerke ja in seine integrationspolitischen Absichten passen hätten müssen, Ihrer Erinnerung nach genützt? Hat das irgendwie ein Umdenken bewirkt?

Josef Taus: Bock hat nicht mehr viel machen können. Ich glaube auch nicht, dass Fritz Bock in der UECD einen großen realpolitischen Wert sah. Er schied dann ja aus der Regierung aus bzw. Hermann Withalm wurde daraufhin Vizekanzler. Fritz Bock wurde schlussendlich Präsident der Creditanstalt - Bankverein.

Johannes Schönner: Kurz nachdem Sie 1975 Obmann der Österreichischen Volkspartei geworden waren, haben Sie sich auch zur Integrationspolitik geäußert. Der Tenor dabei war: Wir treten nicht der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bei, wenn wir uns keine wirtschaftlichen Vorteile erwarten. Das macht jeder, aus reinem politischen Idealismus geht man sicher nicht dazu. Der zweite Schwerpunkt Ihrer Position war: Nehmen wir die Gefahr des sich abzeichnenden europäischen Zentralismus sehr ernst. Ich will damit unterstreichen: Viele Ihrer Positionen lesen sich aktueller, als es so den Anschein hat.

Josef Taus: Ich hatte stets etwas gegen politische Absichtserklärungen, deren politische Umsetzung von vorherein unmöglich war. Nur weil es gerade dem Zeitgeist entsprach. Auch die europäische Christdemokratie war nicht frei von Entwicklungen, die aus dem Zeitgeist heraus geboren wurden. Oftmals klingt alles juristisch sehr sauber, aber da muss man immer aufpassen. Ich darf zwar als Katholik kein Rechtspositivist sein, aber natürlich habe ich Hans Kelsen studiert, *„Recht ist eine soziale Technik zur Erreichung beliebiger Ziele“*. Das gilt auch für die Zusammenarbeit von Parteien.

Johannes Schönner: Wie sehen Sie im historischen Rückblick den Einfluss der UECD, die in Österreich auch immer eine relativ bedeutende Rolle spielte, auf die Politik der ÖVP?

Josef Taus: Freilich muss man sehen, dass sich vieles von dem hier die Rede ist auch vor dem Hintergrund der politischen Veränderungen in Europa abspielte. Mitte der 1970er Jahre fanden in Spanien und Portugal einschneidende gesellschaftspolitische Veränderungen statt. Es war so vieles im Fluss, das die internationalen Beziehungen und somit auch die Transnationalen Parteikooperationen entscheidend beeinflusste. Schließlich war auch die Sozialistische Internationale mit Willy Brandt, Olof Palme und ‚unserem‘ Bruno Kreisky - auch wenn es heute zu hoch bewertet wird – ein Parteienbündnis, das es verstand, Themen vorzugeben. Andererseits hatte uns Spanien und Portugal die Chance gegeben, der Sozialistischen Internationalen hinsichtlich Menschenrechte und politischer Zukunftsmodelle die Stirne zu bieten.

Die Treffen in Klessheim waren damals der Beginn. Die eigentliche Gründungssitzung fand im Palais des damaligen belgischen Premierministers Leo Tindemans in der Nähe von Brüssel

statt und da nahmen auch Thatcher, Strauß, Kohl und ich teil. Leo Tindemans war einer der großen Unterstützer dieser Treffen, wurde dann aber ‚abgedreht‘, weil die Briten unter Thatcher dabei waren. Denn die belgischen Christdemokraten kamen aus der Gewerkschaft und die belgischen Gewerkschafter wollten keine Konservativen dabei haben. Die Belgier haben die CDU, ebenso die CSU und die ÖVP akzeptiert, aber nicht die britischen Tories unter Thatcher und daraufhin ist Leo Tindemans, der einer der Mitinitiatoren war, innerparteilich in Belgien enorm unter Druck geraten. Ich möchte damit nur die Vielschichtigkeit und auch die Fragilität der christdemokratischen Parteienzusammenarbeit unterstreichen.

Dann gab es noch eine zweite interessante Geschichte im Zusammenhang mit den Integrations-Bestrebungen der Schweiz und mit unserer Schwesternpartei CVP. Die Schweiz verfolgte bei allem was sie tat, konsequent eigene Interessen, d.h. vor allem wirtschaftliche Sicherheit. Wir Österreicher haben gesagt, dass wir zurzeit nicht in die EU hineinkommen - wir können im Augenblick aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht. Das war eben Realpolitik. Die Meinung in der Schweiz war damals schon explizit eine andere: Wir Schweizer mit unserem direktdemokratischen System haben im zentralistischen Europa keinen Platz. Und da haben wir in der ÖVP gesagt, dass wir versuchen sollten, eine Art ‚Alpenbarriere‘ zu schaffen. Wir können uns alles mit der EG regeln, weil sie uns brauchen, wenn die Schweiz und Österreich näher zusammengehen. Das war ein Versuch. Dann aber wurden sowohl die Vertreter dieser Vision in der CVP, als auch ich in der ÖVP in unseren jeweiligen Parteivorständen niedergestimmt, weil dort keine Mehrheit war, die das begriffen hätte. Wir sind gewissermaßen an den Europavisionären oder sagen wir ruhig ‚Integrationsfanatikern‘ gescheitert, die seit jeher nicht in Alternativen dachten. Wir hätten damals mit diesem Modell Fakten geschaffen, an denen niemand vorüber hätte können. Gewissermaßen eine Barriere, denn Italien und Bayern waren hier in dieser Frage beinhart, die dachten nicht an Europa, die dachten nur an ihre Wirtschaft. Ich wollte damals aus demselben Grund, dass wir uns dem Schweizer Franken annähern. Leider konnte ich mich auch hier nicht durchsetzen.

Ich hatte ein ganz enges Verhältnis mit Franz Josef Strauß gehabt. Der Strauß war sehr intelligent, sehr gebildet. Sein Vater war Fleischhacker und der junge Strauß hatte wohl von seinem Vater das Talent, dem Volk auf das Maul zu schauen. Das Private hat wie immer in der Politik eine große Rolle gespielt. Wir waren seitens der ÖVP mit Helmut Kohl auch sehr gut. Kohl hatte in schwierigen Einzelfragen öfter recht, nicht Strauß. Kohl war ein ganz anderer Typ, ein Bauchpolitiker und auch sehr gebildet, er hatte große historische Kenntnisse. Ich hörte bei Parteiführertreffen oftmals zu, wenn sich die beiden stritten. Sie konnten sich bekanntlich nicht so gut leiden. Aber ich muss sagen, bei aller Sympathie zu Strauß, Helmut Kohl war schlauer. Andererseits hatte Strauß oftmals mehr Visionen gezeigt als Kohl. Auch in der

Einschätzung gewisser internationaler Entwicklungen. Manche haben das als eine Art Sprunghaftigkeit von Strauß gesehen. Doch Tatsache war, diese „Phantasie“ hat uns Österreichern gut getan und auch die Nähe zur CSU und zu Bayern weiter intensiviert.

Es fand im Laufe des Jahres 1979 eine Diskussion statt, Strauß - damals Ministerpräsident von Bayern - war außer sich vor Ärger. Kohl war Oppositionsführer im Deutschen Bundestag und hatte innenpolitisch große Schwierigkeiten. Ich war Oppositionsführer in der ÖVP, und wir trafen uns bei einem Parteiführertreffen in Tirol. Helmut Kohl sagte am Rande der Tagung plötzlich zu mir: *„Wisst ihr, egal wie das zugehen wird, ich werde Bundeskanzler, weil der Genscher wird die Koalition verlassen und ich werde Bundeskanzler“*. Und weiters sagte er noch: *„Ich werde es vielleicht nicht erleben, aber die deutsche Wiedervereinigung kommt“*. Die FDP war ja damals – 1979 – noch in einer Koalition mit der SPD unter dem wirklich begabten Helmut Schmidt. Schmidt war für mich im Übrigen einer der größten deutschen Kanzler, die es gegeben hat.

Und Helmut Kohl hatte recht: Zwei Jahre später war er Deutscher Bundeskanzler und jetzt kam der Konflikt innerhalb der Union auf eine andere Ebene, aber wiederum zum Nachteil Deutschlands. Die guten Ergebnisse der CDU kamen ja nur von der deutlichen absoluten Mehrheit im großen Bundesland Bayern, die die CSU erkämpft hatte. Die hatte immer mehr als die Hälfte der Stimmen, hohe Wahlbeteiligung, und das hat der CDU immer eine gemütliche relative Mehrheit gegeben, aber sie war selbst nie in der Lage, die absolute Mehrheit zu kriegen und Franz Josef Strauß machte den Fehler, selbst daran zu glauben, er könne die Bevölkerung außerhalb Bayerns ‚drehen‘ und auch im deutschen Norden reüssieren. Strauß verlor glatt die Wahl, erzählte mir aber stolz, dass in Hamburg tausende Leute waren, als er redete, verwechselte aber dabei, dass die ihn nicht wählten, sondern nur *„Franz Josef Strauß-Schauen“* gekommen sind.

Er hatte schon einen Namen gehabt und man wollte den Mann aus dem Süden reden hören, aber ohne ihn zu wählen. Er hat das als Maßstab genommen – ein richtiger Politiker muss eitel sein, sonst ist er keiner – und hatte so eine ordentliche Niederlage erlitten. Franz Josef Strauß war gescheit, das muss man ihm lassen und Kohl war geschickt. Strauß sagte einmal bei einem Treffen in St. Gilgen zu mir: *„Weißt du, die Leute wollen uns Politiker alle nicht, aber solange ich kann und wir es uns leisten können, kaufe ich sie mir. Das ist so eine Art Scheckbuchpolitik.“*

Ich glaube nicht, dass Strauß hier in seinem Politikverständnis zwischen deutscher und internationaler Politik unterschieden hat.

Johannes Schönner: Franz Josef Strauß war natürlich in Bayern ein ‚König‘, auch durch seine barocke Erscheinung. Kohl konnte sich nie so geben und wollte es vielleicht auch nicht. Noch eine Frage zu den italienischen Partnern, die ja zuvor schon in einer anderen Rolle angesprochen worden sind. Welche Rolle hat die Democrazia Cristiana bei diesen Parteikooperationen gespielt? Es liest sich in zahlreichen historischen Darstellungen oftmals so, als wäre das Einvernehmen zwischen der Democrazia Cristiana in Rom und der Österreichischen Volkspartei über weite Strecken ein sehr Inniges gewesen.

Josef Taus: Südtirol stand immer ein wenig dazwischen, aber es war ein arbeitsfähiges Verhältnis. Negative Beispiele gab es freilich auch genug. Das habe ich mit dem Beispiel zuvor ja bereits angedeutet. Sehr gut gemacht hat es unser Botschafter Ludwig Steiner, der die Kontakte gehalten hat. Ritz, einer der größten und bedeutendsten Anwälte in Südtirol, sagte mir damals, wenn Österreich in die EU kommt, ist dieses Thema erledigt. Den Bauern in Südtirol geht es schon sehr gut, besser als bei euch. Ein Geschäftsmann aus Südtirol meinte damals zu mir: *„Im Herzen sind wir alle Österreicher, aber das Beste wäre, nachdem Liechtenstein ja viel zu klein ist, dass Südtirol in die Position von Liechtenstein kommen würde und könnte zum Finanzzentrum von Europa werden.“*

Es zeigte sich aber oftmals eine richtige Dummheit von den Nordtirolern, die schrecklich neidisch sind, noch neidischer als die übrigen Österreicher. Sie sind darauf gekommen, dass das Pro-Kopf-Einkommen in Südtirol viel höher ist als in Nordtirol. Südtirol geht es ja wirtschaftlich hervorragend und Innsbruck hat jetzt die österreichisch-italienische Doppelstaatsbürgerschaft der Südtiroler abgelehnt. Es gab eine Idee zu sagen, dass die Südtiroler auch Österreicher sein könnten. Die Italiener hätten, glaube ich, nichts dagegen gehabt, doch diese Entscheidung ist im Moment einmal ‚gelaufen‘, aber man weiß natürlich nicht, was kommt. In Österreich gibt es - das stammt nicht von mir – nur einen Orden, der zählt, und das ist der Neid. Das ist die wahre Anerkennung.

Johannes Schönner: Wie sieht Ihre Einschätzung zum Schicksal der Democrazia Cristiana aus? Kann man darin eine Warnung an andere christdemokratische Parteien in Europa sehen? Die DC war eine über Jahrzehnte geformte staatstragende Partei mit enormen Ressourcen und Verbindungen

Josef Taus: Vielleicht sind die italienischen Freunde schlussendlich gerade daran gescheitert. Vatikanverbindungen können auch destruktiv wirken und der Begriff ‚staatstragend‘ muss täglich neu erarbeitet werden, um ihn sich als Partei wirklich zu verdienen. Hier rate ich allen Politikern zu großer Vorsicht. Schauen Sie sich doch den Niedergang der CVP in der Schweiz

an und letztlich auch jenen der CDU/CSU in Deutschland. Dass die CDU/CSU im Moment in den Umfragen bei ca. 33% liegt, ist doch für eine christdemokratische europäische Volkspartei eine Katastrophe.

Johannes Schönner: Das war aber in den 1970er Jahren, speziell in der Zeit von der wir jetzt reden, gänzlich anders. Ich bleibe bei den österreichischen Beziehungen zu Deutschland. Die gemeinsame Sprache verbindet selbstverständlich, allen historischen Ressentiments zum Trotz. War die Österreichische Volkspartei gelegentlich ein ‚*politisches Feigenblatt*‘? Haben uns die Deutschen von Fall zu Fall tatsächlich gebraucht, oder haben wir in dieser Nutzgemeinschaft schon eigene, klar definierte Ziele gehabt?

Josef Taus: Ich war in meiner aktiven politischen Zeit österreichischer Patriot und bin auch heute ein überzeugter Österreicher und fühle mich sehr wohl in dieser Position. Da muss man an die berühmte Feststellung von Winston Churchill denken, über das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und dazu passend die sowjetischen Nachkriegspläne. Das war die Zerschlagung des Großdeutschen Reiches. Natürlich sind wir in einen ‚Kultur-Bereich‘ eingebettet, doch Politik bedeutet eine Verzahnung mit allen Bereichen.

Damit will ich sagen, dass es nicht nur ‚ein‘ Europa gibt. Europa ist vielschichtig wie ein Mosaik. Nach dem Trümmerhaufen, den der Zweite Weltkrieg hinterlassen hat, ist vielleicht das Bild eines Mosaiks sogar mehr als eine Metapher. Wir Christdemokraten versuchten zu gestalten – innerhalb des Rahmens, den man uns von jeder Vorgeneration vorgab.

Johannes Schönner: Außenpolitik war stets ein sehr durchlässiger Bereich. Um noch einen Namen zu nennen: Franz Karasek und auch Andreas Khol. Karasek bestimmte gerade in den 1970er die außenpolitische Ausrichtung der ÖVP entscheidend mit.

Bitte um Ihre kurze Einschätzung.

Josef Taus: Franz Karasek, ein Mitglied des Cartell-Verbandes, war ein sehr, sehr gescheiter Mann, den ich gut gekannt habe. Er war aber kein Typ für Bundeskanzler Klaus, Karasek war eher so einer wie Botschafter Ludwig Steiner, den Klaus ja seinerzeit aus der Regierung gestoßen hat. Bruno Kreisky sagte dann zu Karasek: „Der Klaus kann dich nicht leiden, ich schicke dich nach Griechenland, da hast du Ruhe.“ Das hat er selbst so erzählt. Der Karasek ist ein talentierter Mann gewesen, aber eben ein ‚Weltösterreicher‘.“ Er hat dann aber eine steile Karriere gemacht, er war Parlamentarier im Europarat, aber das, was er werden wollte, nämlich Außenminister der Republik Österreich, ist er nicht geworden. Er wäre sicher ein

exzellenter Außenminister geworden. Aber auch andere, die es gerne werden wollten, wurden es schließlich nicht.

Johannes Schönner: Franz Karasek hat dann in der Auslandskultur schließlich seine Berufung gefunden. Mit seinem kulturellen Ansatz hat er nachhaltig Brücken gebaut und Weichen gestellt.

Die EVP war eigentlich eine Gemeinschaft, der Österreich ja nur eingeschränkt, als Beobachter, angehörte. Zwei Jahre später, 1978, folgte dann die Gründung der EDU, wo Österreich dann wieder dabei war.

Josef Taus: Wir sind damals gescheitert bei unseren Beitrittsbemühungen zur EG, aber irgendwo mussten wir uns doch verankern. Irgendwo musste das Gefühl entstehen: Wir gehören dazu und sind nicht wieder in der Vorzimmerrolle. Aber freilich muss man zugeben – und wir haben das auch damals Mitte der 1970er Jahre so empfunden – die Gründung der EVP war für die Österreichische Volkspartei eine furchtbare Niederlage. Die EVP hat die transnationalen Parteikooperationen endgültig geteilt. Von nun an gab es auch in der internationalen Parteizusammenarbeit ein „Integrationseuropa“ und eben die anderen, die draußen waren.

Johannes Schönner: Warum glauben Sie ist Europa – besser gesagt: das politische Europa - heutzutage eher unpopulär?

Josef Taus: Das kann ich schon erklären: Erstens reden sich die nationalen Regierungen ununterbrochen auf Europa aus. Viele unpopuläre Entscheidungen haben nicht unbedingt europäische Solidarität zur Folge, und die Sensibilität ist in Brüssel nicht besonders stark ausgeprägt.

Man darf aber auch nicht die globale Betrachtung aus den Augen verlieren: Europa ist ja nur eine Halbinsel von Asien. Europa hat kaum Bodenschätze, dafür aber noch immer mit Abstand die höchste Bildung und bei uns ist das politische System der demokratischen Entfaltung entwickelt worden.

Es ist eine historische Tatsache, es hat viele Völker und Länder in Europa gegeben, die Jahrhunderte lang miteinander Krieg geführt haben. Somit hatte Europa die einzige ökonomische Chance durch einen Zusammenschluss eine weltpolitische Bedeutung zu behalten. Die Hindernisse, die diesem Fernziel auch entgegenstehen, sind, dass Engländer und Franzosen noch immer glauben, dass sie eine Weltmacht sind. Sie sind aber nicht einmal

mehr Mittelmächte. Man muss doch erkennen, wie sich die Welt zueinander aufstellt. Wir sind ungefähr 500 Millionen Europäer auf vier Millionen Quadratkilometer. Damit lässt sich schon gestalten, auch wenn die europäische Politik genauso erst damit umgehen lernen muss wie die europäische Bevölkerung.

Johannes Schöner:

Herr Dr. Taus, vielen Dank für das Gespräch.